
Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

Bis zu 120.000 Menschen protestierten am 16. Oktober 1989 in Leipzig und forderten "keine Gewalt". Der Wochenbericht an die MfS-Führung beschäftigte sich allerdings hauptsächlich mit der Ausreisebewegung.

Seit den 70er Jahren fungierte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (ZAIG) als Schaltstelle der Geheimpolizei. Kernaufgaben dieser Dienst Einheit waren die Auswertung von Informationen und der Erarbeitung von Berichten und Materialien zur Information des Ministers sowie der Partei- und Staatsführung. Diese Tätigkeit ging auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zurück, der das MfS und die SED überrascht hatte.

Die ZAIG fertigte u.a. Wochenberichte an, welche die wichtigsten Ereignisse der vorangegangenen Tage für die Führung des Ministeriums und für die SED-Führung zusammenfassten. Das vorliegende Dokument umfasst den Zeitraum vom 10. bis zum 16. Oktober 1989. In dieser Woche zählte die Stasi auf der Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig 70.000 Menschen, die "Wir sind das Volk!" skandierten und "keine Gewalt" forderten. Eine Woche später befanden sich am gleichen Ort bereits 120.000 Demonstranten auf der Straße. Nachdem Sprecher der Bürgerbewegung und Kirchenvertreter mit führenden SED-Funktionären verhandelt hatten, hielten sich die Sicherheitskräfte nun zurück.

Der Wochenbericht erwähnt die Massendemonstrationen nur am Rande und nennt Beispiele für "Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung". Das Hauptaugenmerk liegt auf der Ausreisebewegung. Darüber hinaus berichtete die ZAIG über die Situation der ausländischen Arbeitnehmer in der DDR. Besondere Aufmerksamkeit wurde der großen Gruppe der Vietnamesen geschenkt.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 71-102

Metadaten

Dienst Einheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 16.10.1989
und Informationsgruppe

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

Zentrale Auswertungs-
und Informationsgruppe

Berlin, 16. Oktober 1989

BSU
000071W O C H E N Ü B E R S I C H T N R . 4 2 / 8 9INHALTSÜBERSICHT:Seite:

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR	3
Vorkommnisse in den bewaffneten Organen der DDR	7
Weitere beachtenswerte Erscheinungen (Teilnahme an Zu- sammenrottungen/Ausschreitungen in der Öffentlichkeit)	8
Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nichtsozia- listischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin	9
Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR	10
Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft	13

ANLAGENAnlage:

HINWEIS auf vorliegende Untersuchungsergebnisse im Zusammenhang mit Korruptionshandlungen gegenüber einem leitenden Mitarbeiter des VEB Deutrans Internationaler Güterkraftverkehr Potsdam	1
HINWEIS zur Produktionssituation im VEB Deutsches Hydrierwerk Rod- leben/Roßlau/Halle, Betrieb des VEB Kosmetik-Kombinat Berlin	2

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 71-102

Blatt 71

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

	<div data-bbox="1007 405 1177 510">BSTU 000072</div>	2
	Anlage:	
Zur gegenwärtigen Lage im Zusammenhang mit dem Einsatz ausländischer Werktätiger in der Volkswirtschaft der DDR		3
HINWEIS auf im Zeitraum vom 16. bis 22. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR		4
HINWEIS zum Stand der Durchsetzung der gemäß zentraler Entscheidung festgelegten Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische VR zum ungesetzlichen Verlassen der DDR		5
HINWEISE zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin		6

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BS:U
000073

3

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR

Die Tendenz der Vorwochen hinsichtlich einer hohen Anzahl von operativ bedeutsamen Vorkommnissen gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der DDR setzte sich im Ergebnis der permanenten massiven Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners und des verstärkten Wirksamwerdens feindlicher, oppositioneller u. a. negativer Kräfte im Innern der DDR auch in der Woche vom 10. bis 16. Oktober 1989 fort.

Der ZAIG wurden allein im Berichtszeitraum 135 (232)* Vorkommnisse der schriftlichen staatsfeindlichen Hetze bekannt. Die erneut größtenteils öffentlichkeitswirksamen Vorkommnisse des Anbringens von Hetzlosungen - 82 (151) Vorkommnisse und der Herstellung/Verbreitung von Hetzblättern - 53 (81) Vorkommnisse, die abermals häufig aggressiv und ultimativ formuliert sind, enthielten

- wiederum offene Sympathiebekundungen für das "Neue Forum", oftmals verbunden mit vielfältigen Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen in der DDR auf allen gesellschaftlichen Gebieten, mit Angriffen gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane, insbesondere das MfS, sowie Aufforderungen, sich dem "Neuen Forum" anzuschließen und dessen Ziele zu propagieren - 79 (122) Vorkommnisse;
- ohne Bezug zum "Neuen Forum" Forderungen nach unverzüglichen innenpolitischen Veränderungen in der DDR, insbesondere nach Verwirklichung "wahrer" Menschenrechte, mehr Gerechtigkeit, "freien und geheimen Wahlen", "Reformen ohne Gewalt", sowie Rede-, Versammlungs-, Presse- und Reisefreiheit - 44 (45) Vorkommnisse;
- massive Angriffe gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft, die Partei- und Staatsführung sowie die Person des Generalsekretärs des ZK der SED - 6 (24) Vorkommnisse;
- herabwürdigende Äußerungen gegen die Tätigkeit des MfS - 5 (6) Vorkommnisse;
- faschistisches Gedankengut - 1 Vorkommnis.

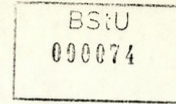
Von den genannten 135 Vorkommnissen des Anbringens von Hetzlosungen/der Herstellung/Verbreitung von Hetzblättern wurden bisher lediglich 5 (16) Vorkommnisse mit der Ermittlung von 6 (24) Tätern (Studenten, Facharbeiter, zwischen 25 und 31 Jahren) geklärt, gegen die differenzierte Maßnahmen eingeleitet wurden. Die Täter motivieren ihre Handlungsweisen mit ablehnenden politischen Grundeinstellungen zur DDR.

* Klammerzahl bezieht sich auf die Vorwoche vom 3. bis 9. Oktober 1989

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 71-102

Blatt 73

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989



4

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum der ZAIG 19 (51) Vorkommnisse des Führens anonymer Telefonanrufe (vereinzelt auch des Versendens anonymer Briefe) bekannt, in denen besonders Einrichtungen der Partei unterschiedlichster Ebenen, Dienststellen der Deutschen Volkspolizei und des MfS Bomben- u. a. Gewaltakte sowie einzelnen Parteifunktionären persönlich Angriffe auf Leben und Gesundheit angedroht wurden (in 1 Fall - 15. Oktober beim VPKA Görlitz/Dresden eingegangen - wurde für den 17. Oktober 1989 ein Mordanschlag auf den Generalsekretär des ZK der SED angedroht).

Von diesen Vorkommnissen wurde bisher ein Vorkommnis geklärt (46jähriger Pförtner, feindliche Grundposition, EV mit Haft gemäß § 220 StGB).

Territoriale Schwerpunkte des Vorkommnisgeschehens (Hetzlosungen/-blätter, Telefonanrufe) bildeten erneut der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 55 (69) sowie die Bezirke Rostock mit 18, Erfurt und Dresden mit je 13 Vorkommnissen.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum im Zusammenhang mit dem "Neuen Forum" weitere Aktivitäten bekannt in Form von

- Unterschriftensammlungen in VEB (2 Fälle, Hauptstadt und Plauen/Karl-Marx-Stadt),
- Anbringen von Aufrufen, Appellen und Stellungnahmen in VEB (6 Fälle, Karl-Marx-Stadt, Gera und Potsdam).

Außerdem ist beachtenswert, daß es im Berichtszeitraum zu einzelnen auf Gewaltandrohung/-anwendung, auf direkte Konfrontation mit der Staatsmacht abzielenden Vorkommnissen kam (rückläufige Tendenz). An derartigen Handlungen wurden bekannt aus den Bezirken

Potsdam (1 Vorkommnis):

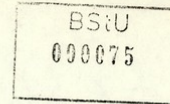
8. Oktober, Lindow/Neuruppin, Zusammenrottung von ca. 30 Personen, die durch das Stadtgebiet marschierten und in Sprechchören riefen: "Wir protestieren. Wir bleiben hier, Reformen wollen wir"; Auflösung durch Kräfte der DVP unter Anwendung polizeilicher Hilfsmittel;

Magdeburg (1 Vorkommnis):

10. Oktober 1989, Wernigerode, Zusammenrottung von ca. 60 Personen auf dem Marktplatz, die Sprechchöre riefen: "Freiheit", "Weg mit den Gummiknüppeln", "Wir wollen keine Gewalt", "Die Mauer muß weg", "Scheiß Bullen" (Absingen der Internationale, brennende Kerzen); Auflösung durch DVP.

Festzustellen ist, daß die im Berichtszeitraum erfolgten Personenansammlungen überwiegend den Charakter von Handlungen im Sinne des gewaltfreien Widerstandes trugen. Neben den bekannten großen Aktivitäten dieser Art

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989



in der Öffentlichkeit in Leipzig (9. Oktober, ca. 70 000 Personen), Dresden (9. Oktober, ca. 22 000 Personen) und Plauen/Karl-Marx-Stadt (14. Oktober, ca. 10 000 Personen) sowie

den bekannten, an Umfang kleineren, insbesondere in verschiedenen kirchlichen Einrichtungen in der Hauptstadt (Gethsemane- bzw. Erlöserkirche), Magdeburg (9. Oktober, Magdeburger Dom, ca. 4 100 Personen), Halle (10. Oktober, Schloßkirche Wittenberg, ca. 1 100 Personen; 15. Oktober, Pauluskirche Halle, ca. 1 000 Personen), Jena/Gera (11. bzw. 15. Oktober, Stadtkirche, ca. 1 200 bzw. 2 200 Personen), Halberstadt/Magdeburg (11. Oktober, Martini-Kirche, ca. 1 000 Personen), Rostock (12. Oktober, Marienkirche, ca. 2 000 Personen), Karl-Marx-Stadt (13. Oktober, Johannis- und Lutherkirche, insgesamt ca. 5 000 Personen), Erfurt (13. Oktober, Augustinerkloster, ca. 850 Personen) sowie Suhl (15. Oktober, Evangelische Kirche, ca. 1 800 Personen)

wurden weitere derartige Handlungen aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt sowie der Hauptstadt bekannt, die auf Massenwirksamkeit abzielten:

Karl-Marx-Stadt (3 Vorkommnisse):

- 11. Oktober 1989, Markneukirchen/Klingenthal, Demonstration für Reformen in der DDR; ca. 800 Teilnehmer, darunter Frauen mit Kindern, Schulklassen, Arbeiter des VEB Musima,
- 13. Oktober 1989, Oelsnitz, Ansammlung von ca. 150 Personen vor der Jakobikirche, Entzünden von Kerzen,
- 13. Oktober 1989, Klingenthal/Karl-Marx-Stadt, Personenansammlung von ca. 400 bis 500 Personen, die durch die Innenstadt zur Kirche marschierten, wo danach eine Veranstaltung feindlich-negativen Charakters stattfand.

Hauptstadt (2 Vorkommnisse):

- 11. Oktober 1989, Humboldt-Universität, beabsichtigter stummer Protest gegen den brutalen Polizeieinsatz bei friedlichen Demonstrationen in der DDR in der Mensa (200 bis 250 Teilnehmer, vorrangig Sektion Medizin); wurde durch aktives Handeln gesellschaftlicher Kräfte, Wirksamwerden SED-, FDJ-Kreisleitung, Rektor in Meeting umgewandelt; kontroverse Diskussionen.
- 12. Oktober 1989, Humboldt-Universität, von Studenten der Sektionen Kulturwissenschaften und Kunstwissenschaften initiierte Veranstaltung (ca. 500 Teilnehmer), bei der Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen in der DDR, insbesondere nach einer neuen Medienpolitik, diskutiert sowie über die Bildung alternativer, von der FDJ unabhängiger Studentenvertretungen beraten wurde. Auf Initiative des 1. Sekretärs der FDJ-Kreisleitung wurde festgelegt, die Diskussion über diese Probleme am 17. Oktober 1989 in den Räumen der Universität fortzusetzen (erwartete Teilnehmerzahl - ca. 1 000 Personen).

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSU 000076	6
<u>Beachtenswertes Einzelvorkommnis:</u>	
<p>Am 9. Oktober 1989 wurden dem Sohn eines Mitarbeiters der KD Reichenbach/Karl-Marx-Stadt während des Staatsbürgerkundeunterrichts der 10. Klasse 4 Zettel auf die Schulbank geworfen, in denen er als "Stasi-Schwein" und "Kommunistenschwein" bezeichnet wurde, das gehaßt und fertiggemacht werde (Täter: 15jährige Mitschülerin, zerrüttete Familienverhältnisse, negative politische Einstellung; Aussprachen im Klassen- und Schulkollektiv).</p>	

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSU
000077 7

Vorkommnisse in den bewaffneten Organen der DDR

Fahnenfluchten

- Ein Unteroffizier (20, UaZ, Verpflegungsgruppenführer WBK Leipzig) unter Mißbrauch einer genehmigten Touristenreise nach der VR Bulgarien über die Ungarische VR/Österreich nach der BRD.
- ein Maat (19, 4. Flottille Warnemünde, Kommando Volksmarine). Der von einem bis 2. Oktober 1989 gewährtem Urlaub nicht zur Einheit zurückgekehrte Täter hatte offenkundig rechtswidrig die Staatsgrenze der DDR nach der CSSR überschritten und war nach dem Aufsuchen der Botschaft der BRD in Prag am 5. Oktober 1989 nach der BRD abgeschoben worden.

Verhinderte Fahnenfluchten

- Ein Major der NVA (40, Hochschul-Ingenieur, Fachlehrer/Zugführer Eisenbahnpionier-Ausbildungsregiment 2 Doberlug -Kirchhain, SED) beim Versuch, im Raum Benneckenstein/Wernigerode durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD fahnenflüchtig zu werden.

Bei seiner Festnahme führte er von ihm unter Mißbrauch seiner Dienstbefugnisse fotografierte GVS-Dokumente sowie einen Block gesiegelter Blanko-Formulare von Dienstaufträgen mit sich. Er beabsichtigte, sich durch Verrat militärischer Geheimnisse gegenüber NATO-Geheimdiensten einen "guten Start" in der BRD zu "sichern". Des weiteren führte er als Hilfsmittel einen Wurfanker und einen Beißarm mit sich. Seinen Pkw Trabant, mit dem er zum Festnahmeort gefahren war, hatte er mit kugelsicheren Metallplatten ausgestattet;
- ein Feldwebel (23, Instandsetzungsspezialist, Nachrichteneinheit MB III Leipzig), der - in Begleitung eines mit ihm befreundeten DDR-Bürgers - unter Mißbrauch eines touristischen Aufenthaltes in der CSSR beim Versuch des widerrechtlichen Überschreitens der Staatsgrenze CSSR/UVR - mit dem Ziel, über die UVR/Österreich fahnenflüchtig zu werden - von den Sicherheitsorganen der CSSR festgenommen wurde;
- ein Unteroffizier (21, Gruppenführer, Tanktechnische Kompanie des Funktechnischen Bataillons Basepohl/MB V), der versucht hatte, mit zwei weiteren DDR-Bürgern ohne Genehmigung nach der VR Polen zu reisen, um in die BRD-Botschaft in Warschau zu gelangen. Als Motiv gab er Unzufriedenheit über seine nicht erfolgte Versetzung nach Potsdam und die damit verbundene Trennung von seiner Freundin an.

Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und Haftbefehle erlassen.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSTU
000078

8

Weitere beachtenswerte Erscheinungen (Teilnahme an Zusammenrot-
tungen/Ausschreitungen in der Öffentlichkeit)

- Ein wegen wiederholter Disziplinarvergehen zur Versetzung in die Reserve vorgesehener Fähnrich der NVA (21, NB-40 Blankenfelde/Zossen), der sich zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung am Heimatort aufgehalten hatte, war durch die DVP als Teilnehmer der am 7. Oktober 1989 vor der Gaststätte "Löcknitzterrassen" Erkner erfolgten Ausschreitungen identifiziert und zugeführt worden. Er hatte mit 11 weiteren Zivilpersonen u. a. das "Deutschlandlied" gegrölt, den Bürgermeister beleidigt und beschimpft, sich an Sachbeschädigungen am Grundstück des Bürgermeisters beteiligt sowie Kraftfahrzeuge, darunter eine Kolonne der Grenztruppen, zeitweilig an der Weiterfahrt gehindert. Die weiteren Untersuchungen führt der zuständige Militärstaatsanwalt.
- Während seines Jahresurlaubes beteiligte sich ein Unteroffizier der NVA (20, Panzerfahrer, PR-16 Großenhain, 7. PD, Mitglied der SED) am 7. Oktober 1989 in Karl-Marx-Stadt, in Nähe des Luxor-Palastes an einer nicht genehmigten Demonstration. Er widersetzte sich Aufforderungen der DVP zur Auflösung der Zusammenrottung, bedrohte und beschimpfte VP-Angehörige. Das gegen ihn eingeleitete EV wurde im beschleunigten Verfahren durch das Militärgericht Dresden am 11. 10. 1989 abgeschlossen. Er wurde zu 6 Monaten Strafarrest verurteilt.

Bereits am 10. 10. 1989 war durch die zuständige Parteiorganisation sein Ausschuß aus der SED beschlossen worden.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

	BSU 000079	9
<u>Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin</u>		
<u>Gesamtübersicht</u>		
Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 9. bis 15. Oktober 1989 insgesamt		
ca. 15 500 Bürger der DDR		
mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und ständigen Ausreisen nach der BRD bzw. Westberlin in Erscheinung getreten.		
Davon haben		
266	2 877 Personen ihre ständige Ausreise realisiert,	
	6 734 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt. (Seit Anfang August 1989 ist eine ständige Zunahme der Antragstellungen auf ständige Ausreise festzustellen. Während in der Woche vom 1. Juli bis 6. August 1989 2 087 Bürger mit derartigen Aktivitäten registriert wurden, ist in der Woche vom 9. bis 15. Oktober 1989 - 6 734 Personen - der bisher höchste Wochenzugang zu verzeichnen.),	
3	ca. 4 920 Personen einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter	
	ca. 4 200 Personen über die UVR (damit hat sich die Anzahl der seit Öffnung der Grenze der UVR am 11. September 1989 nach Österreich ausgeschleusten Personen auf ca. 34 200 erhöht, wobei ein Teil dieser Personen noch nicht identifiziert wurde),	
	679 Personen unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,	
	933 Personen versucht bzw. beabsichtigt, die DDR ungesetzlich zu verlassen, darunter 310 Festnahmen durch Angehörige der Grenztruppen der DDR an der Staatsgrenze zur VR Polen.	
Darüber hinaus befinden sich mit Stand vom 16. Oktober 1989 ca. 1 250 Bürger der DDR zur Erzwingung ihrer Ausreise in den Botschaften der BRD bzw. in "Obhut" der diplomatischen Einrichtung in Warschau (ca. 1 200) und Prag (53).		

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 71-102

Blatt 79

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSU 000080

10

Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 9. bis 15. Oktober 1989 konnten bisher 2 381 (Vorwoche 2 353) Bürger identifiziert werden, die die DDR ungesetzlich nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon

- 1 665 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 1 600 über die UVR,
- 656 Personen unter Mißbrauch von Privatreisen nach der BRD (585) bzw. Westberlin (62) und nach anderen nichtsozialistischen Staaten (9);
- 34 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise;
- 14 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen, darunter 11 Jugendtouristenreisen nach der BRD (5), Algerien (2), SFRJ (2), Großbritannien und Dänemark (je eine);
- 9 Personen unter Mißbrauch von Dienstreisen nach den Niederlanden (2), der BRD, Frankreich, Österreich, Finnland, Dänemark, Japan bzw. Westberlin (je eine);
- 3 Personen durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD (3) bzw. Westberlin (eine).

Unter den Tätern befinden sich nach vorläufigen Erkenntnissen:

- 42 Ärzte, darunter 13 Zahnärzte
- 65 Diplomingenieure/Ingenieure
- 21 Lehrer, einschließlich Hoch-, Fach- und Berufsschullehrer
- 5 wissenschaftliche Mitarbeiter/Assistenten
- 2 Diplomchemiker
- 2 Diplomökonomen
- 2 Diplomjuristen
- 2 Trainer
- 2 Regisseure
- 12 Technologen/Konstrukteure
- 8 Bauleiter/Projektanten
- 6 Zahntechniker
- 84 Krankenschwestern, med.-techn. Assistentinnen/Krippen-
zieherinnen
- 2 mehrfache DDR-Meister im Turniertanz
- 55 Studenten

sowie je ein(e) Produktionsdirektor, Diplombiologe, Diplompsychologe, Diplomhydrologe und Filmdramaturg.

Unter diesen Bürgern befinden sich 23 promovierte Personen und 14 Mitglieder der SED.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 71-102

Blatt 80

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BS:U. 090081	11
-----------------	----

Ausgewählte Beispiele:

Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten:

- 25 Ärzte, darunter 9 Zahnärzte, u. a.:

Ein Arztehepaar (38, Facharzt für Chirurgie, Kreispoliklinik Köthen; 38, Arztin/Hausfrau) mit Tochter (5);

ein Facharzt für Neurologie und Psychiatrie (38, Poliklinik Nord Magdeburg, Kommandeur einer ZV-Abteilung für medizinische Hilfe);

eine Zahnärztin (33, Oberärztin, Charité Berlin, SED) mit Sohn (8).

- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:

Eine Diplombiologin (38, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Molekularbiologie);

ein Abteilungsleiter Konstruktion (42, Dr.-Ing., KKW "Bruno-Leuschner" Greifswald);

zwei freischaffende Turniertänzer (26, 24 [REDACTED], mehrfache DDR-Meister);

ein Ingenieur für Elektronik im Fernmeldewesen (46, Kombinat Fernmeldebauamt Karl-Marx-Stadt, Abt. I, SED, von 1972 bis 1984 Mitarbeiter des MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. N, letzter Dienstgrad: Hauptmann, Entlassung wegen Nichteignung). Der Täter hat u. a. MfS-interne Kenntnis auf nachrichtentechnischem Gebiet. Des weiteren besitzt er Kenntnis über die technischen Nachrichtenverbindungen im genannten Bezirk sowie über die Chiffriertätigkeit der Deutschen Post;

zwei ehemalige Angehörige der Wacheinheit "Fritz Schmenkel" der BV Karl-Marx-Stadt (22, Facharbeiter für Nachrichtentechnik, VEB Kombinat Fernmeldebauamt Karl-Marx-Stadt, SED; 21, Student, Bergakademie Freiberg, SED; beide von September 1986 bis April 1989 Dienst in Wacheinheit, letzter Dienstgrad: Feldwebel).

Mißbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland:

- 14 Ärzte, darunter 4 Zahnärzte, u. a.:

Ein Facharzt für Neurologie und Psychiatrie (56, Dr. sc. rer. nat, Hochschuldozent, KMU Leipzig, Bereich Medizin).

- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:

Ein Hochschuldozent (48, Dr.-Ing. Pädagogische Hochschule Halle-Kröllwitz, SED);

ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (40, Dr., Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für physikalische Chemie);

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSU
000082 12

ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (52, Dr., Medizinische Akademie Magdeburg, Gastdozent an TU Ilmenau) mit Ehefrau (47, med.-techn. Assistentin, Medizinische Akademie Magdeburg, Augenklinik);

ein Diplomökonom (49, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Büro für Territorialplanung, Bezirksplankommission Potsdam) mit Ehefrau (49, Apothekerin, Falken-Apotheke Falkensee);

eine Diplomjournalistin (49, Dr., Redakteurin, Zeitung "Der Morgen").

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 15. Oktober 1989 haben bisher 9 368 Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR mißbraucht. Unter diesen Bürgern befinden sich 1 110 Personen mit Hochschulausbildung, u. a. 189 Ärzte, 73 Zahnärzte, 218 Lehrer und 130 Personen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie 1 438 Personen mit Fachschulausbildung, darunter 525 aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 167 Personen aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

Mißbrauch von Dienstreisen, u. a.:

- Ein Facharzt für HNO (31, MLU Halle-Wittenberg, Klinik und Poliklinik für HNO-Krankheiten) unter Ausnutzung der Teilnahme an einem medizinischen Kongreß in Paris/Frankreich nach der BRD;

ein Trainer ([REDACTED]) Deutscher Fußballverband der DDR, ([REDACTED]) unter Ausnutzung der Teilnahme der Olympiamannschaft an einem Turnier in den Niederlanden;

ein Filmdramaturg (33, Diplompsychologe, DEFA-Studio für Dokumentarfilme, Gruppe Kinderfilm).

Mißbrauch von Touristenreisen, u. a.:

- Zwei Passagiere (Ehepaar) des MS "Arkona" (35, Dr., Diplomingenieur, wissenschaftlicher Assistent, Ingenieurhochschule Berlin; 35, Programmiererin, VEB KWO Berlin) durch Nichtrückkehr von einem Landgang in Helsinki/Finnland.

Auf bisher unbekannte Art und Weise haben die DDR ungesetzlich verlassen, u. a.:

- Ein Arztehepaar (31, Stationsarzt, Medizinische Akademie Magdeburg; 31, leitende Fachärztin für Radiologie, Kreiskrankenhaus Bernburg) mit Tochter (8) nach der BRD.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen, der Ursachen, Motive und begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Rückgewinnungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BS:U

000083

13

Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft

In der Zeit vom 9. bis 15. Oktober 1989 ereigneten sich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft der DDR und des Verkehrswesens zwei bedeutsame Vorkommnisse (ein Vorkommnis geklärt).

Im einzelnen:

Vorkommnis, an dessen Klärung intensiv gearbeitet wird

Am 12. Oktober 1989, gegen 18.15 Uhr, geriet im VEB Buntgarnwerke Leipzig (Betrieb des VEB Kombinat Wolle und Seide Meerane) eine Produktionsmaschine zur Verarbeitung von Viskoseflocken in Brand und wurde erheblich beschädigt.

Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 65 000,- Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

Die weitere Bearbeitung erfolgt im Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei.

Vorkommnis auf dem Gebiet des Verkehrswesens

Am 11. Oktober 1989, gegen 22.30 Uhr, kam es auf dem Bahnhof Wittenberge/Perleberg/Schwerin während Rangierarbeiten zum Zusammenprall zwischen zwei Triebfahrzeugen (Auffahrunfall). Ein Triebfahrzeugführer wurde leicht verletzt und mußte ambulant behandelt werden. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 100 000,- Mark.

Wie die Untersuchungen ergaben, war es infolge unterlassener Fahrwegprüfung sowie aufgrund des Nichteinhaltens der Rangiergeschwindigkeit zum Auffahrunfall gekommen.

Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Transportpolizei im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gemäß § 196 StGB - Herbeiführung eines schweren Verkehrsunfalles.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSU 000084

ANLAGE 1

16. 10. 1989

HINWEIS
auf vorliegende Untersuchungsergebnisse im Zusammenhang mit
Korruptionshandlungen gegenüber einem leitenden Mitarbeiter des
VEB Deutrans Internationaler Güterkraftverkehr Potsdam

Auf der Grundlage vom MfS geführter Untersuchungen gegen einen
BRD-Firmenvertreter (51) für Spezialaufbauten für NKW/Vermittlung
von Leasingfahrzeugen und gegen einen Abteilungsleiter (53) für
Grundfonds/Materialwirtschaft des VEB Deutrans Güterkraftverkehr
Potsdam erfolgte der Nachweis von Korruption und Bestechung.

XIV
Für die Preisgabe betriebsinterner Informationen wurden dem Abtei-
lungsleiter finanzielle Mittel (ca. 4 000 DM) und wertintensive
Konsumgüter (PKW Trabant, diverse Heimelektronik, Schmuck und Be-
kleidungsgegenstände im Gesamtwert von etwa 15 000 DM) übergeben.

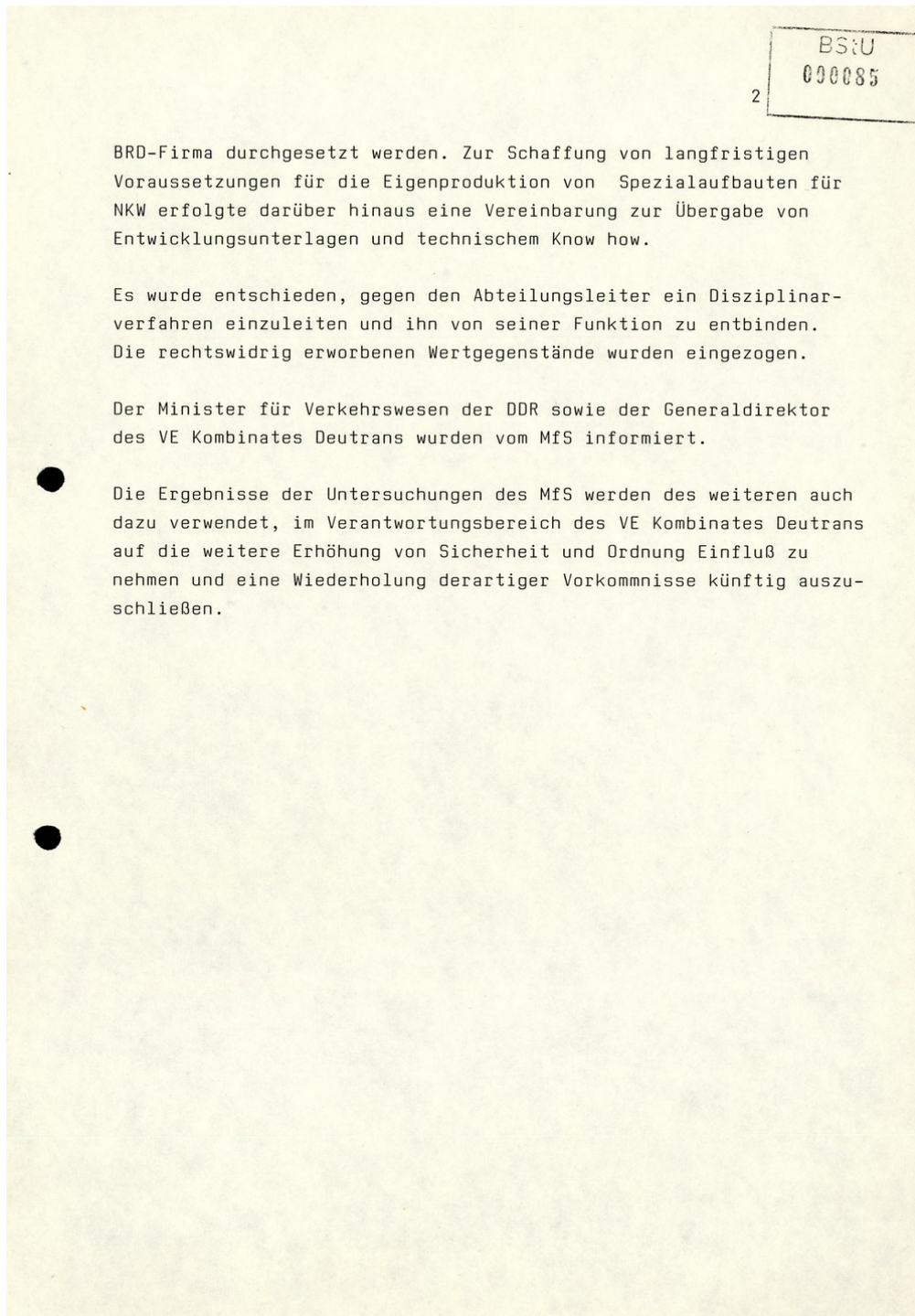
2
Wie durch die Untersuchungen festgestellt wurde, entstand die Be-
reitschaft zur Offenbarung verschiedener betriebsinterner Vorgänge
durch eine zielgerichtete ideologische Beeinflussung des BRD-Ver-
treters im Sinne "gesamtdeutscher Interessen und der Förderung
des Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen".

Über den Umfang des für die Volkswirtschaft der DDR entstehenden
Schadens liegen noch keine abschließenden Erkenntnisse vor.

Unter Berücksichtigung künftiger kommerzieller Interessen des Ver-
kehrswesens der DDR, insbesondere zur Sicherung entsprechender
Geschäftsbedingungen mit dieser Vertreterfirma, wurden gegen den
BRD-Firmenvertreter keine strafprozessualen Maßnahmen durchgeführt.

Im Ergebnis der Untersuchungen konnten Wiedergutmachungsleistungen
in Höhe von 50 000,- DM sowie die weitere Aufrechterhaltung günsti-
ger kommerzieller Beziehungen des VE-Kombinates Deutrans zu vorgenannter

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989



Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

ANLAGE 2 16. 10. 1989

BSU
000086

HINWEIS

zur Produktionssituation im VEB Deutsches Hydrierwerk Rodleben/
Roßlau/Halle, Betrieb des VEB Kosmetik-Kombinat Berlin

Vom MfS im Ministerium für Chemische Industrie geführte Überprü-
fungen zur bekanntgewordenen unzureichenden Rohstoffversorgung
des VEB Deutsches Hydrierwerk Rodleben mit Paraffin und den daraus
möglicherweise entstehenden negativen Auswirkungen auf die Herstel-
lung von Rohstoffen für die Waschmittelproduktion ergaben:

- Der überwiegende Teil des Rohstoffbedarfs des VEB Deutsches Hydrier-
werk Rodleben an Paraffin wird aus dem Inlandaufkommen der DDR
gedeckt (20.000 t/a);
- zur Deckung der Fehlmengen werden jährlich 2 000 t auf vertrag-
licher Basis aus der UdSSR importiert;
- die UdSSR hat ihre Paraffinlieferung eingestellt.

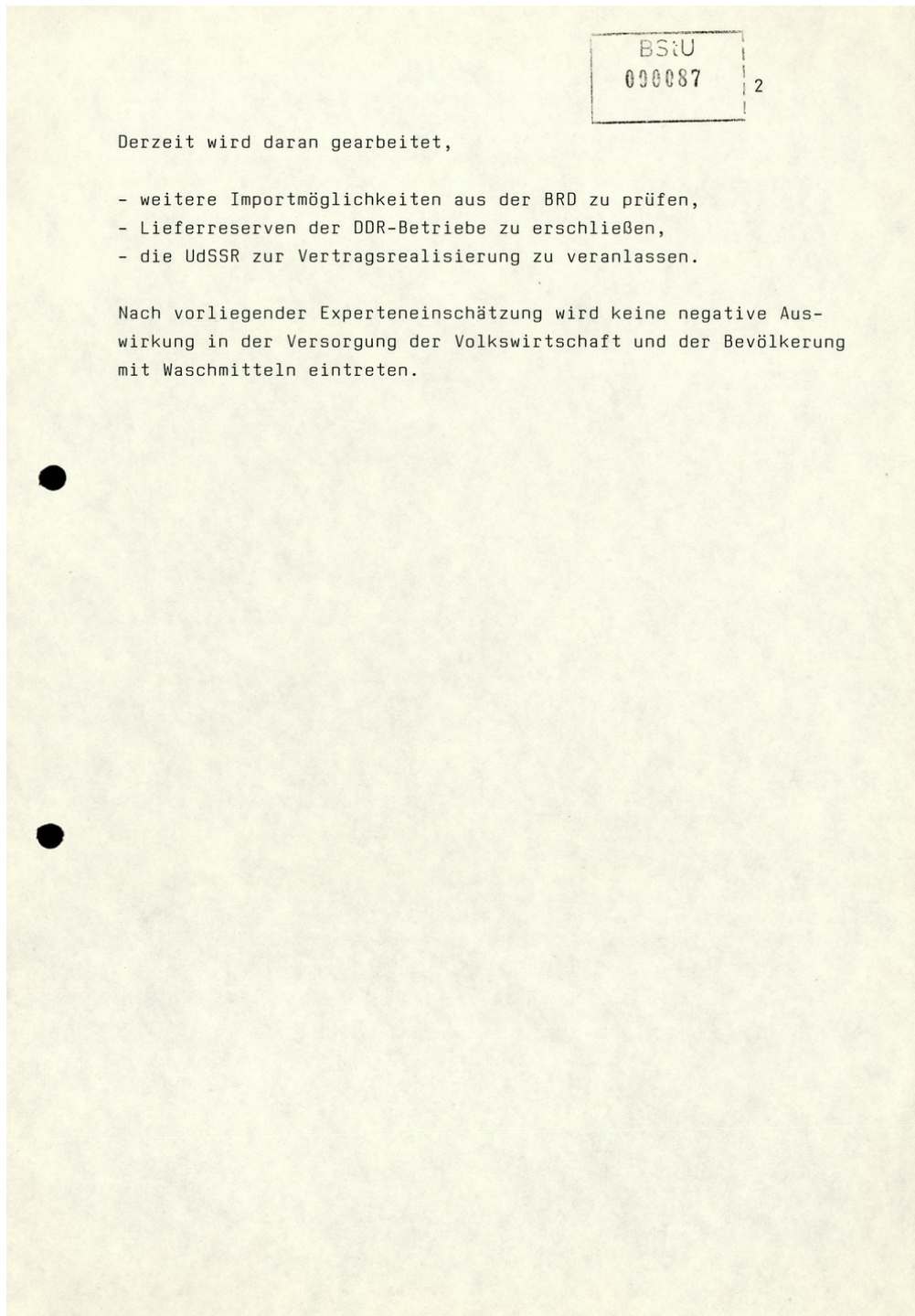
Aufgrund dieser Situation wurde die Möglichkeit von Zusatzimpoerten
aus dem NSW geprüft. Die derzeit bekannten freien Mengen an Paraffin
auf dem BRD-Markt werden mit dem 13. 10. 1989 auf vertraglicher
Basis durch den AHB Chemie Export-Import gekauft.

Die Liefergrafik sieht vor, daß am 18. und 19. 10. 1989 jeweils
20 t Paraffin aus der BRD in Rodleben eintreffen.

Ab 23. 10. 1989 sind 3 Straßentankzüge pro Woche vereinbart, d. h.
ca. 60 t Paraffin.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 71-102

Blatt 86

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

ANLAGE 3

BSTU
000088

Zur gegenwärtigen Lage im Zusammenhang mit dem Einsatz ausländischer Werktätiger in der Volkswirtschaft der DDR

Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen befanden sich Mitte 1989 insgesamt etwa 150 400 ausländische Werktätige (1988 = ca. 125 500) in den verschiedensten Zweigen der Volkswirtschaft der DDR im Einsatz.

Schwerpunkte des Einsatzes sind die Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt (mit jeweils über 21 000), Halle (17 000) sowie Berlin und Leipzig (jeweils über 14 000).

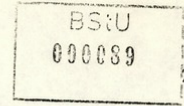
Die Anzahl der in der DDR auf der Grundlage von Regierungsabkommen beschäftigten ausländischen Werktätigen verdreifachte sich seit 1985 und wird Ende 1989 eine Gesamtgröße von etwa 93 000 erreichen.

Die auf der Grundlage zentraler Entscheidungen in den letzten Jahren erfolgte verstärkte Zuführung von Werktätigen setzt sich 1989 fort (insgesamt 8 650 Neuanreisen aus der SR Vietnam).

Für den Zeitraum 1991 bis 1995 wird von einer gleichbleibenden Einsatzgröße (ca. 100 000 Werktätige) ausgegangen.

Im Zusammenhang mit dem Aufenthalt von Werktätigen der SR Vietnam (1989 etwa 60 500 in der DDR aufhältlich; bedeutet über 60 % der auf der Grundlage von Regierungsabkommen in den Zweigen der Volkswirtschaft der DDR insgesamt eingesetzten ausländischen Werktätigen) wird unter diesem Personenkreis ein immer selbstbewußteres Auftreten zur Durchsetzung individueller Interessen deutlich. Diese Verhaltensweise wird offensichtlich vom Motiv für die Aufnahme eines Arbeitsrechtsverhältnisses in der DDR geprägt. (Versorgungsauftrag für die in der SR Vietnam befindlichen Familien.)

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989



Es werden alle legalen und anderen Möglichkeiten des Gelderwerbes für diese Zwecke genutzt.

In offiziellen Gesprächen zwischen den Regierungsvertretern betonte die SRV-Seite, "der Einsatz vietnamesischer Werktätiger bilde eine strategische Linie der Außenwirtschaft, deren Effekt es zu erhöhen gilt". Die Ausfuhr von Konsumgütern aus der DDR in die SRV wird als "wichtigster Auftrag" ihrer Werktätigen in der DDR gesehen. (Durch einen Beschluß der Regierung der SRV wurden sämtliche Einfuhrbeschränkungen für Warensendungen der im Ausland arbeitenden Werktätigen aufgehoben.)

(Eine im Mai 1989 durchgeführte Aktivtagung von Mitgliedern der KP Vietnams machte u. a. den Erfolgsdruck vietnamesischer Werktätiger für die Versorgung der in der SRV lebenden Familienangehörigen deutlich sichtbar.)

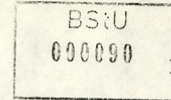
Die mit Wirkung vom 1. März 1989 von der DDR verfüigten mengenmäßigen Begrenzungen zur Ausfuhr zugelassener ausgewählter Konsumgüter (Fahrräder komplett, Fahrradketten und -speichen, Reifen und Luftschläuche, Motorräder/Mopeds, Nähmaschinen, Fotoapparate, Rundfunkempfänger, Textilien, Seife und Zucker) führten zu eindeutig ablehnenden Reaktionen seitens vietnamesischer Werktätiger.

(Von Seiten der Botschaft der SRV in der DDR sind nach vorliegenden Hinweisen keinerlei die Festlegungen der DDR unterstützende Maßnahmen zu erwarten.)

Auf entsprechende Kontrollhandlungen, insbesondere erforderlicher Zurückweisungen, der Zollverwaltung der DDR reagierten vietnamesische Werktätige mit Androhungen bzw. zeitweiligen Arbeitsverweigerungen, bedeutendem Nachlassen der Arbeitsleistung bzw. mit Krankschreibungen.

Entsprechenden Hinweisen von Binnenzollämtern im Zusammenhang mit der Zollabfertigung zurückreisender vietnamesischer Werktätiger zufolge kommt es in zunehmendem Umfang dazu,

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989



die Ausfuhr von Waren aus der DDR in die SRV zu verschleiern. (Umgehung der Vorführpflicht, Verweigerung der Vorführung zur Ausfuhr vorgesehener Waren, wissentlich falsche Angaben in Zollerklärungen). Begünstigend auf dieses Vorgehen vietnamesischer Werkträger wirkte sich vor allem die ungenügende Wahrnehmung der den Betrieben übertragenen Verantwortung für die Betreuung, insbesondere entsprechender abkommensseitiger Bestimmungen, aus.

In mehreren Bezirken durchgeführte Kontrollen von Wohnheimen vietnamesischer Werkträger ergaben u. a., daß diese im Prinzip umfangreichen Warenlagern gleichen (Industriewaren, zerlegte Kleinkraftwagen, Hortung von Nahrungsgütern). Es bestehen erhebliche Gefährdungssituationen infolge der Verletzung der Bestimmungen des Brand- und Gesundheitsschutzes sowie der Hygienebestimmungen.

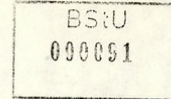
Wohnheime vietnamesischer Werkträger werden zunehmend für unangemeldete Übernachtungen/Aufenthalte genutzt, sie stehen vor allem im Zusammenhang mit Spekulationshandlungen. Einlaßkontrollen sind durch fehlendes Personal äußerst lückenhaft.

Einige im Frühjahr 1989 durch vietnamesische Werkträger begangene Arbeitsverweigerungen im Bereich Bauwesen hatten Fragen der Höhe der Entlohnung zum Inhalt. Sie forderten in diesem Zusammenhang die Umsetzung in andere Industriezweige.

Die Einarbeitungszeiträume und die Qualifizierung im Bereich Bauwesen erfordert einen längeren Zeitaufwand; was zunächst mit einer Einstufung in niedrigere Lohngruppen verbunden ist. Auch die körperliche Schwere der Arbeit und die persönliche Konstitution beeinflussten das Leistungsvermögen, so daß es zu zeitweiligen Arbeitskonflikten kam.

In Abstimmung zwischen dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne und dem Ministerium für Bauwesen erfolgten daraufhin entsprechende Festlegungen, so u. a. Festlegungen zur Umsetzung in produktionsvor-

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989



bereitende Abteilungen, Gewährung hoher Lohngruppen.

(Einige Wortführer für die Arbeitsverweigerungen sind auf Grund ihrer uneinsichtigen Haltungen/Forderungen vorzeitig in ihr Heimatland zurückgeführt worden.)

Auf betreffenden Baustellen beschäftigte Bauschaffende der DDR stellten die Berechtigung der von vietnamesischen Werktätigen erhobenen Forderungen infragen; es kam zu Verunsicherungen von Leitungskadern hinsichtlich Reaktionen bei Angleichung des Lohnniveaus vietnamesischer Werktätiger trotz fehlender Qualifikation und ungenügender Arbeitsleistungen.

Die seit 1988 von kubanischer Seite praktizierte Delegierungsunterbrechung für kubanische Werktätige in das sozialistische Ausland sowie die konsequente Ahndung der von kubanischen Werktätigen in den Empfangsländern verursachten Vorkommnisse zeitigten offenkundig positiven Einfluß auf das Gesamtverhalten kubanischer Werktätiger.

Das konsequente Auftreten der kubanischen Bezirksbeauftragten und deren Unterstützung für das Betreuungspersonal der DDR führten zu einem bedeutenden Rückgang negativer Erscheinungen im gesellschaftlichen Zusammenleben unter Beteiligung kubanischer Werktätiger.

Das Wirksamwerden einer Vertretung des Ministeriums für Arbeit der VR Mocambique wirkte sich positiv auf das gesamtgesellschaftliche Verhalten der Werktätigen dieses Landes aus. (Im Rahmen des bis 1990 geltenden Regierungsabkommens sind gegenwärtig rund 15 300 Mocambiquaner in der DDR aufhältlich.)

Auf Grund fehlender Arbeitsmöglichkeiten im Heimatland verlängert sich der reguläre Arbeitsaufenthalt (4 Jahre) in der DDR bei einem größeren Teil mocambiquanischer Werktätiger.

Festlegungen der Regierung der VR Mocambique über den Lohntransfer (60 % des 350 Mark Netto übersteigenden monatlichen Arbeitseinkommens) bildeten wiederholt auslösendes Moment für Arbeitskonflikte.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSU
000092
5

(Im Mai 1989 erfolgte nach Abstimmung zwischen den Abkommenspartnern eine Senkung der Pflichttransfersumme auf 40 %.)

Es liegen Hinweise über sich verstärkende Versuche von Kirchenkreisen vor, unter Ausnutzung bestehender Mängel in der Betreuung Einfluß auf mocambiquanische Werktätige zu erlangen (Dresden, Erfurt).

Nach vorliegenden Experteneinschätzungen ist der Einsatz polnischer Werktätiger in der Volkswirtschaft der DDR bedeutend über den abkommensseitig vereinbarten Umfang (7 400) bzw. den mit kommerziellen Verträgen (Bau- und Montageleistungen mit ca. 26 800 Werktätigen) verbundenen Einsatz angestiegen.

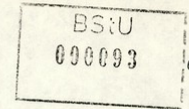
Die gesamte Einsatzgröße ist für die staatlichen Organe insgesamt zu einer unüberschaubaren Größenordnung geworden, da sich immer mehr der Einsatz von Saisonkräften (Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Ferienwesen) ohne entsprechende zwischenstaatliche Vereinbarungen durchsetzt.

(Schätzungen aus einigen Bezirken - Erfurt, Halle, Potsdam, Frankfurt/Oder - gehen von jährlich mehreren zehntausenden polnischen Bürgern aus, die mehrwöchig auf der Grundlage von Partnerschaften der Jugendverbände, zwischen Schulen, Betrieben, landwirtschaftlichen Einrichtungen mit gleichartigen Einrichtungen in der VR Polen zeitweilig zu bestimmten Arbeitsspitzen in die DDR einreisen.)

Weitere Vermittlungen erfolgten vorwiegend im Rahmen der polnischen Organisation "Freiwillige Arbeitsbrigaden" (OHP - unterhalten in verschiedenen Bezirken Vertretungen).

Auf der Grundlage von "Einladungen" aus DDR-Betrieben/Einrichtungen werden polnische Bürger teilweise als Dauerbeschäftigte eingesetzt.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989



In den Arbeitsverträgen werden arbeitsrechtliche Bestimmungen der DDR, insbesondere hinsichtlich Vergütung, des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und der Sozialversicherung, verletzt.

Nachteilige Auswirkungen der zeitweiligen Beschäftigung polnischer Bürger (außerhalb des Regierungsabkommens) werden auch darin gesehen, daß sich Betriebe mit der relativ problemlosen Beschäftigung polnischer Werkträger dem Druck bzw. den Erfordernissen der Rationalisierung von Teilen der Produktionsprozesse entziehen würden.

Bedingt durch den ständig zunehmenden Umfang der Beschäftigung polnischer Bürger außerhalb der bilateralen Abkommen/Vereinbarungen, der Vielzahl unterschiedlichster Festlegungen in der Vertragsgestaltung und des Unterlassens der Meldepflicht der Betriebe/Einrichtungen verfügen die territorialen Staatsorgane kaum noch über eine annähernde Übersicht über den tatsächlichen Umfang des Aufenthaltes polnischer Werkträger im Verantwortungsbereich. (Das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne strebt an, durch zentrale Entscheidungen entsprechende innerstaatliche Regelungen zu schaffen.)

Die politisch-operative Sicherung ausländischer Werkträger erfolgt auf der Grundlage dienstlicher Bestimmungen und Weisungen und ist vorrangig darauf gerichtet, eine ständige, reale Einschätzung der politisch-operativen Lage über diesen Personenkreis zu gewährleisten.

Schwerpunktmäßig konzentriert sich die operative Arbeit auf die Qualifizierung der einheitlichen Führung und Anleitung der Sicherungsarbeit auf Linie, bei der Sicherung vietnamesischer Werkträger insbesondere auf die vorbeugende Verhinderung von Konflikten sowie auf die Bekämpfung von Erscheinungen des Schmuggels und der Spekulation.

Die Lage und Entwicklung auf diesem Gebiet wird weiter unter Kontrolle gehalten.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

ANLAGE 4 16. Oktober 1989

BSU
000094

HINWEIS
auf im Zeitraum vom 16. bis 22. Oktober 1989 beabsichtigte Ein-
reisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen
Lebens sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR

Noch aufenthältlich in der DDR sind:

13. bis 29. Oktober 1989
[REDACTED]
Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz/SPD, zum besuchsweisen Aufent-
halt bei der DDR-Antragstellerin (46, Lehrerin) in Dresden.

14. bis 19. Oktober 1989
[REDACTED]
Mitglied des Landtages Hessen/SPD,
zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (53, Haus-
frau) in Wutha/Eisenach/Erfurt.

14. bis 24. Oktober 1989
[REDACTED]
Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein/SPD,
zum besuchsweisen Aufenthalt beim DDR-Antragsteller (67, Rentner)
in Neu-Krassow/Güstrow/Schwerin.

In die DDR einzureisen beabsichtigen:

16. Oktober 1989
[REDACTED]
Mitglied des Bundestages/SPD (Westberliner Vertreter), zu einem
Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSU
000095 2

17. Oktober 1989

- [REDACTED] Mitglied des Abgeordnetenhauses/SPD von Westberlin, zu einem Tagesaufenthalt nach Seelow/Frankfurt/Oder.
- Reisegruppe (36 Personen/alles Lehrer) der "Konrad-Adenauer-Stiftung" zu einem touristischen Aufenthalt in die Bezirke Erfurt, Magdeburg, Halle und Potsdam sowie in die Hauptstadt der DDR, Berlin (bis 21. Oktober 1989).

17. oder 18. Oktober 1989

[REDACTED]
Mitglied des Bundestages/DIE GRÜNEN und [REDACTED]
[REDACTED], in die Hauptstadt der DDR, Berlin, zu Gesprächen mit dem [REDACTED] und [REDACTED].

18. Oktober 1989

- Reisegruppe (44 Personen/Zoll- und Polizeibeamte der BRD) zu einem touristischen Aufenthalt in die Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt (bis 19. Oktober 1989).
- Reisegruppe (94 Personen/alles Mitarbeiter der Westberliner Senatsverwaltung für Justiz), unter ihnen die [REDACTED], sowie der [REDACTED], zu einem touristischen Tagesaufenthalt nach Potsdam.
- [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED], zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (64, Rentnerin) in Erfurt (bis 23. Oktober 1989).

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSU
000096 3

20. Oktober 1989

- Reisegruppe (19 Personen), darunter die Mitglieder des Landtages Nordrhein-Westfalen/SPD, [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED], zu einem touristischen Aufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie nach Dresden und Leipzig (bis 23. Oktober 1989).
- Reisegruppe (11 Personen), darunter das Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen/SPD, [REDACTED], zu einem touristischen Aufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin, und nach Potsdam (bis 23. Oktober 1989).
- [REDACTED]
Mitglied der Bürgerschaft Hamburgs/SPD, zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (68, Rentnerin) nach Karl-Marx-Stadt (bis 30. Oktober 1989).

21. Oktober 1989

Reisegruppe (20 Personen) von Mitgliedern bzw. Mitarbeitern der FDP- Bundestagsfraktion, darunter [REDACTED], [REDACTED], zu einem touristischen Aufenthalt nach Dresden (bis 22. Oktober 1989).

Außerdem erfolgen Gespräche mit dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden sowie Vorsitzenden des LDPD-Bezirksvorstandes Dresden (gesamte Reisegruppe) und dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt (durch [REDACTED]).

Vermutlich hat [REDACTED] auch eine Unterredung mit führenden Vertretern der Kirche.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

ANLAGE 5

16. Oktober 1989

BSU
000097

HINWEIS

zum Stand der Durchsetzung der gemäß zentraler Entscheidung festgelegten Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische VR zum ungesetzlichen Verlassen der DDR

Seit dem Inkrafttreten der festgelegten Maßnahmen (15. September 1989) wurden bis 15. Oktober 1989 durch Bürger der DDR bei den zuständigen Dienststellen des Paß- und Meldewesens der Deutschen Volkspolizei insgesamt

48 167 Anträge

ZUG auf Reisen nach der Ungarischen VR (41 108 - das entspricht 85,4 %), VR Bulgarien und der SR Rumänien gestellt.

3 (In der Berichtswoche waren 3 415 diesbezügliche Anträge gestellt worden. Das entspricht im Vergleich zur Vorwoche einem Rückgang um 2 637 Anträge bzw. 77 % weniger Anträge. Diese Entwicklung ist im wesentlichen jahreszeitlich bedingt.)

Durchschnittlich entfallen ca. 41 % der diesbezüglichen Anträge auf Bürger in der Altersgruppe 18 bis 26 Jahre und ca. 30 % auf Bürger der Altersgruppe 27 bis 40 Jahre.

Im Zeitraum seit dem 15. September 1989 wurden 46 829 Genehmigungen für Reisen nach der Ungarischen VR (40 291), der VR Bulgarien (4 188) und der SR Rumänien (2 350) erteilt.

(Mit Stand vom 15. Oktober 1989 sind insgesamt 57 504 Bürger der DDR im Besitz einer Genehmigung - Reiseanlage PM 105 - für die Durchführung einer Reise in die Ungarische VR, VR Bulgarien und SR Rumänien.)

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

2 BSU
000098

Seit dem 15. September 1989 wurden unter Zugrundelegung der entsprechenden Kriterien insgesamt 15 125 Anträge abgelehnt und 737 bereits erteilte Genehmigungen (Reiseanlagen PM-105) von den Bürgern wieder eingezogen.

49 % der ausgesprochenen Ablehnungen und 43 % der eingezogenen PM-105 betreffen Bürger, die Anträge auf ständige Ausreise gestellt haben bzw. zu deren diesbezüglichen Anträgen die Ablehnung ausgesprochen worden war.

Gegenüber den betroffenen Bürgern wurde die Ablehnung der Anträge gemäß §§ 13 - 15 der Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland (RVO) vom 30. November 1988 begründet; davon

7 494 Ablehnungen zum Schutz der nationalen Sicherheit,

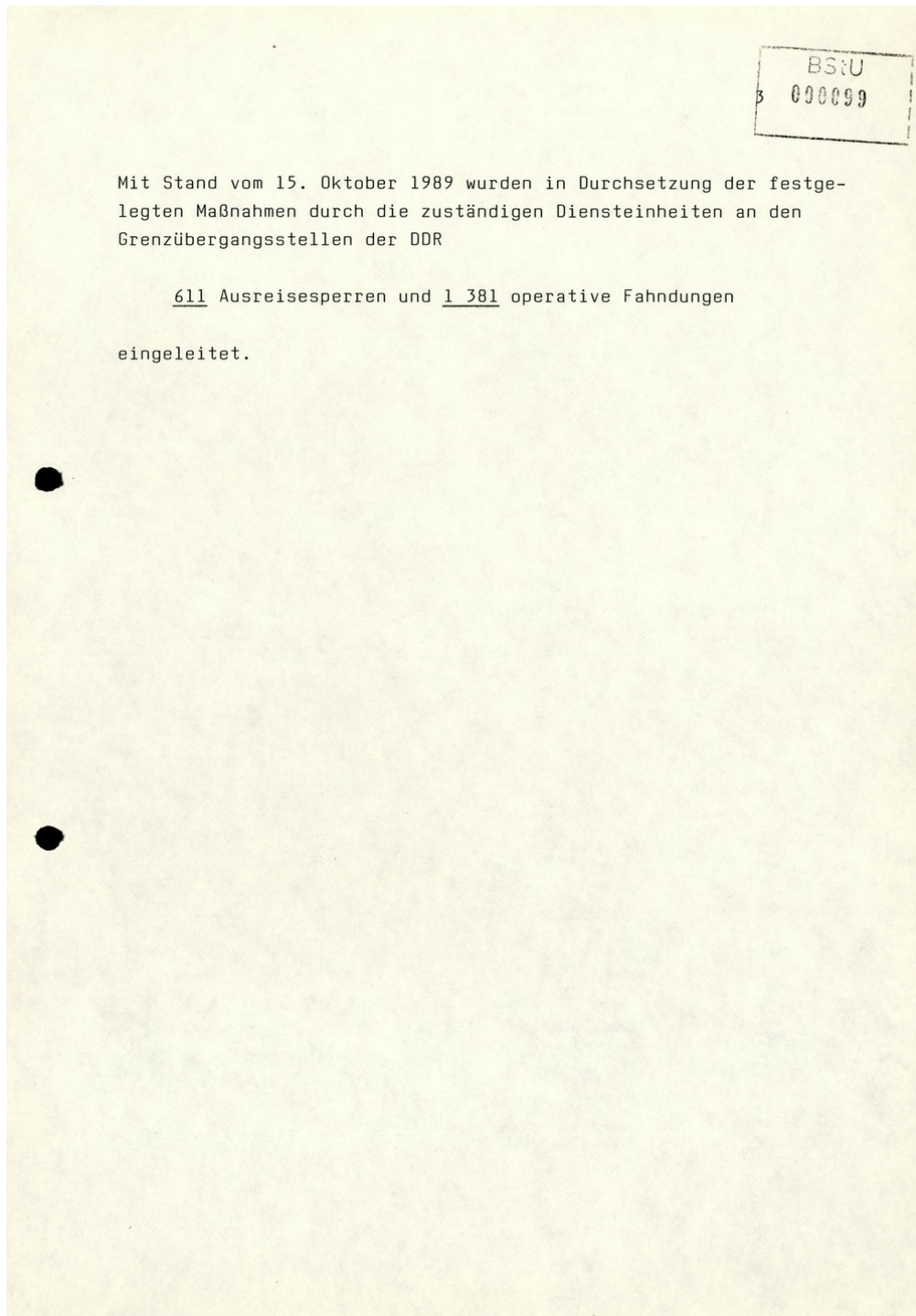
2 393 Ablehnungen zum Schutz der Landesverteidigung,

3 470 Ablehnungen auf Grund des Vorliegens von Versagungsgründen gemäß § 14 (1) RVO,

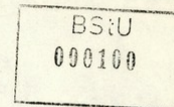
1 768 Ablehnungen auf Grund des nicht ausreichend gewährleisteten Rechtsschutzes für Bürger der DDR während ihres Auslandsaufenthaltes.

Bisher wurde gegen 1 904 ausgesprochene Ablehnungen (= 12,5 % aller ausgesprochenen Ablehnungen) das in der RVO eingeräumte Rechtsmittel der Beschwerde eingelegt.

An den Grenzübergangsstellen der DDR zur CSSR bzw. am Flughafen Berlin-Schönefeld wurde seit dem 15. September 1989 1 167 Bürgern der DDR auf Grund des Vorliegens von Verdachtshinweisen auf den Mißbrauch erteilter Reisegenehmigungen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR die Ausreise aus der DDR nicht gestattet und die Durchführung von Verdachtsprüfungshandlungen veranlaßt.

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

ANLAGE 6STRENG GEHEIMHinweise

zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von
Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und West-
berlin

(ohne Alters- und Invalidenrentner)

Berichtswoche: 9. 10. - 15. 10. 1989

Seit dem 1. Januar 1989 wurden durch die zuständigen Organe
Inneres der Räte Anträge auf ständige Ausreise nach der
BRD bzw. Westberlin für insgesamt 173 776 Bürger der DDR
entgegengenommen.

Davon reichten in der Berichtswoche 6 734 (4 580)^x Bürger
der DDR ihre Anträge bei den zuständigen Organen Inneres
ein.

Die meisten Antragsteller wurden bisher registriert in den
Bezirken Dresden/32 590 Personen, Karl-Marx-Stadt/27 502,
Berlin/22 448 und Leipzig/21 872.

Im Ergebnis der Gesprächsführung konnte seit dem 1. Januar 1989
bei 3 543 Antragstellern die Abstandnahme von ihrem Vorhaben
der ständigen Ausreise erreicht werden, davon 232 (148)
in der Berichtswoche.

Im Rahmen der Bearbeitung wurden seit dem 1. Januar 1989
auf der Grundlage der RVO die Ausreiseanträge von 26 361 Bürgern
der DDR abgelehnt, davon 67 (237) in der Berichtswoche,
darunter 38 im Bezirk Dresden und 16 im Bezirk Suhl.

^x Klammerzahlen beziehen sich auf die Vorwoche

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

BSU 000101	2
---------------	---

Mit Genehmigung der zuständigen staatlichen Organe der DDR sind seit dem 1. Januar 1989 79 719 Bürger der DDR für ständig nach der BRD bzw. Westberlin ausgereist, davon 2 877 (3 697) in der Berichtswoche.

Die Ausgereisten waren vorrangig wohnhaft in den Bezirken Dresden/14 784 Personen, Karl-Marx-Stadt/14 273, Berlin/11 686 und Leipzig/10 151.

(Bezirkliche Aufschlüsselung zu Antragstellern, Abstandnahmen, Ablehnungen von Anträgen und realisierten Ausreisen siehe Anhang).

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 71-102

Blatt 101

Wochenübersicht Nr. 42/89 vom 16. Oktober 1989

Anhang

Statistische Übersicht (Personen)

Zeitraum: 1. 1. 1989 bis 15. 10. 1989

	entgegengenom- mene Ausreise- anträge	Abstandnahmen	Ablehnungen	Ausreisen
Berlin	22 448	472	2 649	11 686
Cottbus	5 536	114	958	1 931
Dresden	32 590	542	8 132	14 784
Erfurt	11 532	257	1 856	4 805
Frankfurt/O.	4 589	119	849	1 810
Gera	11 759	222	982	6 077
Halle	11 886	271	1 395	5 346
K.-M.-Stadt	27 502	579	2 114	14 273
Leipzig	21 872	378	859	10 151
Magdeburg	5 240	130	2 154	1 425
Neubrandenburg	1 787	44	444	694
Potsdam	8 530	216	1 697	3 337
Rostock	4 068	74	1 336	1 745
Schwerin	2 531	52	585	940
Suhl	1 906	73	351	715
gesamt	173 776	3 543	26 361	79 719

BSU
0102

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 71-102

Blatt 102